Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1268.

Organ für das werktätige Volk

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächs. Staatsbank.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit" und „Volk und Zeit" für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Telephon 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Telephon 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareillezeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Goldpf.

Nr. 290 | Dresden, Freitag den 12. Dezember 1924 | 35. Jahrg.

Um die Regierungsbildung

Erst zu Anfang oder Mitte der kommenden Woche wird die Reichsregierung ihr Rücktrittsgesuch dem Reichspräsidenten überreichen. Es handelt sich hierbei lediglich um einen formellen Akt, denn in der Krise stehen wir bereits mit beiden Füßen. Vorläufig nur im Reich! Aber es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß diese Krise schon in wenigen Tagen zu einer Preußenkrise wird, weil die Deutschnationalen das fordern. Sie fordern es und Herr Stresemann dürfte gehorchen, oder er hat die Aussicht verspielt, in einem Bürgerblock-Kabinett Reichskanzler oder Außenminister zu sein. Die Frage: „Was wird in Preußen?" ist für die Deutschnationalen überhaupt maßgebend. Sie scheinen gar keine große Sehnsucht zu besitzen, im Reich allein die Geschäfte zu führen und die vor der Türe stehenden außenpolitischen Fragen lösen zu helfen. Vielmehr liegt ihnen an Preußen, das sie, um mit der Kreuzzeitung zu reden, regenerieren wollen. Dazu schreibt der Soz. Parlamentsdienst:

Es kommt nun darauf an, ob das Zentrum zu dieser „Regeneration" Beihilfe leisten will und tatsächlich bereit ist, sich dem Machtgelüst der Deutschnationalen zu unterwerfen. Liest man die Zentrumspresse und insbesondere die Stimmen, die am Donnerstag von der Germania als Beweis für die im Zentrum vorherrschende Stimmung angeführt werden, dann möchte man eine Unterwerfung des Zentrums gegenüber den deutschnationalen Forderungen verneinen. Leider aber hat die Zentrumsfraktion bei früheren Anlässen nicht immer auf die Stimmung ihrer Anhängerschaft Rücksicht genommen, so daß wir es nicht wagen, die von den Deutschnationalen geforderte Beihilfe zur Regeneration in Preußen in bezug auf das Zentrum als aussichtslos zu bezeichnen. Wir wagen es nicht, obwohl eine Preußenkrise wider alle Vernunft ist. Die preußische Regierung hat den Wahlkampf glänzend überstanden, sie besitzt parlamentarisch nach wie vor eine starke Mehrheit, die so groß ist, daß sie von keinem andern Kabinett erreicht werden kann. Ein Bürgerblock in Preußen ist zwar rechnerisch existenzfähig, aber er reicht an die zahlenmäßige Stärke der großen Koalition keineswegs heran. Es ist aber nun einmal so, daß die Vernunft bei uns in Deutschland wenig mitspricht, wenn der Geldbeutel es verlangt, und so stehen wir vielleicht im Reich und Preußen vor einer Wendung, von der die Sozialdemokratie als Partei nur gewinnen kann, unter der aber unser Volk bitter leiden muß. Davon sind maßgebende Führer des Zentrums überzeugt. Vaterländisch ist also ihre Handlungsweise nicht, wenn sie in den Bürgerblock eintreten und ihn stützen, und da die Germania erklärt, daß die Politik des Zentrums immer nur von „vaterländischem Geiste" beseelt war und weiterhin beseelt sein wird, muß das für unser Vaterland drohende Unglück vom Zentrum abgelehnt werden.

Wir halten es für falsch, die Frage der Regierungsbildung nur vom moralischen Standpunkte aus zu betrachten. Geht man nicht auf Minderheitsregierungen aus, sondern auf ein Kabinett mit tragfähiger Mehrheit, so bleiben doch nur zwei Möglichkeiten: entweder die große Koalition oder der Bürgerblock. Wie man auch vom sozialdemokratischen Standpunkt aus zur großen Koalition eingestellt sein mag — nach allem, was man bisher darüber gelesen hat, scheint ihr Zustandekommen ganz unwahrscheinlich. Genosse Löbe hat sich kürzlich in der Breslauer Volkswacht für die Bildung der großen Koalition eingesetzt und die Forderungen dargelegt, die für uns die Voraussetzung einer solchen Regierungsbeteiligung sein müßten. Soweit wir sehen können, hat sich weder die Volkspartei, noch ein volksparteiliches Blatt dazu geäußert. Dagegen liegen mehrere volksparteiliche Erklärungen vor, wonach Stresemann und die Seinen eine Regierung der großen Koalition ablehnen. Selbst für die Befürworter der großen Koalition in unsern Reihen müßte die Voraussetzung einer solchen Regierung sein, daß bei sämtlich daran beteiligten Parteien der Wille zur Zusammenarbeit besteht. Ist der so wenig vorhanden, wie bei der Deutschen Volkspartei, so schwindet doch für die Sozialdemokratie jede Möglichkeit, mit dieser Regierung auch nur das Minimum dessen durchzusetzen, was sie ihren Wählern versprochen hat.

Wir möchten dazu auch die Meinung der Wiener Arbeiterzeitung wiedergeben, die auch für die kompliziertesten Situationen der deutschen Politik immer ein ruhiges und sachliches Verständnis bewiesen hat. Sie erklärt in ihrer Mittwochnummer, daß ein Linksblock die für die arbeitenden Massen beste und förderlichste Grundlage einer Regierung sein könnte, wenn die Kommunisten nicht vollendete Narren wären und mit ihnen proletarische Politik gemacht werden könnte. Als eine zweite Möglichkeit sieht unser Wiener Bruderblatt den Bürgerblock an und als dritte Lösung die große Koalition. Ueber die letztere schreibt dann die Wiener Arbeiterzeitung:

„Eine Regierung der „großen Koalition", das heißt: der drei linken Parteien und der Deutschen Volkspartei. Aber eine solche Regierungsmehrheit würde durch den **unaufhebbaren Gegensatz zwischen den Sozialdemokraten und der großkapitalistischen,** mit den Monarchisten und Nationalisten liebäugelnden **Volkspartei** immer wieder gesprengt werden."

Hält man zu dieser Einschätzung der Dinge noch das ablehnende Verhalten der immer reaktionärer werdenden Volkspartei gegen die große Koalition, so darf man die Augen nicht vor der Tatsache verschließen, daß wir dicht vor der Gefahr des Bürgerblocks stehen. Kommt der zustande, so liegt die Schuld bei der deutschen Wählerschaft, die zwar eine republikanische Mehrheit in den Reichstag schickte, aber 46 Kommunisten dazu gesellte, mit denen nicht republikanisch zu regieren ist. Ersteht eine Bürgerblockregierung, so müßte vom Zentrum vor allem verlangt werden, daß es die republikanischen Versprechungen wahrzumachen sucht, die es während des Wahlkampfes seinen Wählern gegeben hat. Das würde jenes Gegengewicht in der Stresemann-Hergt-Koalition sein, das notwendig ist, um das Schlimmste zu verhüten.

Wie es jedenfalls auch kommen mag: Wir Sozialdemokraten müssen uns vor dem Fehler hüten, dort moralisch zu werden, wo es gilt, die Dinge ganz und gar politisch zu sehen. Der Rechtsblock bringt dem deutschen Volke große Gefahren und Schäden und die Republikaner werden gegen ihn alle ihre Kräfte in Front bringen, wenn er zustande kommen sollte. Aber will ihn das Zentrum ernstlich vermeiden, so erscheint als einziger Ausweg noch das Fortbestehen der Regierung Marx mit einigen Personalveränderungen.

•

Auf der Kanzlersuche

Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett faßte in seiner Kabinettssitzung am Donnerstagabend den Beschluß, dem Reichspräsidenten zu Beginn der nächsten Woche das Rücktrittsgesuch zu unterbreiten.

•

Stresemann hat also endgültig gesiegt. Inzwischen ist es mehr als fraglich geworden, ob Reichskanzler Dr. Marx erneut mit der Kabinettsbildung beauftragt wird. Er läßt niemand einen Zweifel darüber, daß er sich bedankt, unter seinem guten Namen eine Bürgerblock-Regierung zu bilden. Wenn schon, dann soll dieser Block ohne Schminke in Erscheinung treten. Stresemann, ehemals Freund der großen Koalition aus Liebe zu einem Ministersessel, hat gegenwärtig ebenfalls keine Neigung, persönlich an die Spitze eines Bürgerblocks zu treten. Er will scheinbar das Wort von der „Charakterlosigkeit" nicht wahrmachen. Infolgedessen ist man auf die Bayerische Volkspartei verfallen, die von 493 Sitzen im neuen Reichstag ganze 19 besitzt. Sie soll den Reichskanzler stellen, und zwar den Grafen Lerchenfeld. Vielleicht bedankt auch sie sich, und es würde uns nicht wundern, wenn man dann einen Aushilfskanzler in der Wirtschaftspartei sucht.

•

Der Kampf im Zentrum

Köln, 11. Dez. (Eig. Drahtb.) In einer heftigen Polemik gegen die Deutsche Allgemeine Zeitung läßt sich am Donnerstagabend die Kölnische Volkszeitung, die bekanntlich in den letzten Tagen entschieden den Gedanken der großen Koalition verfochten hat, von ihrem Berliner Mitarbeiter drahten:

„Das Zentrum steht grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß keine Partei von den Regierungsgeschäften ausgeschlossen werden kann, die einmal den ehrlichen Willen zur Mitarbeit hat und zum andern die politischen Voraussetzungen eindeutig und klar mitbringt und bekennt. Im übrigen wird das Zentrum nicht nur die vermehrten Mandatsziffern der Deutschnationalen zu berücksichtigen haben, sondern auch den gesamten Wahlausfall, und zwar in erster Linie die Zunahme derjenigen Parteien, die sich bisher rückhaltlos zur Politik Marx bekannt haben. Wir stehen nun doch vor einer etwas anderen Situation als im alten Reichstag. Die gegenteiligen Behauptungen der rechtsgerichteten Blätter können an dieser Tatsache nichts ändern."

Wie dazu der Kölner Vertreter des Soz. Pressedienstes erfährt, hat innerhalb der Zentrumspartei in den letzten Wochen die Linksrichtung stark an Boden gewonnen. Die rechtsorientierten Elemente in der Partei sind besonders in Westdeutschland vielfach schon bei den Maiwahlen aus der Partei ausgeschieden und zu den Deutschnationalen hinübergewechselt. Hinzu kommt, daß der verflossene Wahlkampf von den Deutschnationalen mit einem Höchstmaß an Gehässigkeit und persönlicher Verunglimpfung fast ausschließlich gegen die Zentrumspartei in Westdeutschland geführt worden ist. Schon vor der Auflösung des alten Reichstages haben sich sehr prominente westdeutsche Zentrumsführer in Berlin bei ihrer Fraktion gegen den Bürgerblock gewandt. Es ist nur erklärlich, wenn diese Warner jetzt nach der Wahl auch Zuzug aus jenen Parteikreisen erhalten, die vor der Reichstagsauflösung dem Bürgerblock-Experiment nicht unbedingt ablehnend gegenüberstanden. Diese Auffassung kommt am Donnerstag u. a. auch zum Ausdruck in dem offiziellen Parteiorgan des Kölner Zentrums, der Rheinischen Volkswacht.

•

Die Stimme des Bayerischen Bauernbundes

München, 11. Dez. (Eig. Drahtb.) Da die Partei des Bayerischen Bauernbundes und der Wirtschaftspartei mit ihren 17 Mandaten unter Umständen nicht ohne Einfluß auf die Regierungsbildung sein wird, so ist zu beachten, was die Pressestelle des Bayerischen Bauernbundes parteioffiziös zum Ausgang der Wahlen schreibt. Unter der Ueberschrift „Der Sieg der vernünftigen Mitte" heißt es: „Die große Masse des deutschen Volkes hat sich für eine kluge und verfassungstreue Politik entschieden. Damit wird auch dem Weltfrieden am meisten genützt sein. Es ist zu erwarten, daß Deutschland für die nächsten vier Jahre eine stabile Regierung bilden kann und imstande sein wird, die großen Aufgaben der Zukunft auf politischem und namentlich auch auf wirtschaftlichem Gebiete auf parlamentarischem Wege zu lösen. Der 4. Mai hat uns den Ruck nach rechts gebracht, der 7. Dezember den Rückstrom zur Mitte. Ein Abweichen von der bisherigen Regierungspolitik wird weder die Rechte noch die Linke erzwingen können, und wohl oder übel werden beide Teile auf dem mittleren Wege mitmarschieren müssen."

Wackelige Diktatur in Spanien

Madrid, 11. Dezember. (Eig. Drahtb.) **Die Diktatur in Spanien wackelt. Der Vizepräsident des spanischen Direktoriums und bisheriger intimster Mitarbeiter des Diktators de Rivera hat dem König seine Dimission überreicht.**

Die Ueberwachungsfrage im Völkerbund

K. Rom, 11. Dezember. (Eig. Drahtb.) Briand schnitt am Mittwoch die Frage der Ueberwachung der entmilitarisierten Gebiete an. **Ein Ratsbeschluß von Donnerstag beauftragt die permanente Militärkommission, praktische Vorschläge für die Rhein-Zone zu machen. Frankreich versucht schon jetzt einen maßgebenden Einfluß auf die Kontrolle in der Rheinzone zu erhalten.**

Anschlag gegen die Volksschule

Denkschrift des Herrn Dr. Kaiser

Von Kurt Weckel, M. d. L.

Das sächsische Volksbildungsministerium hat eine Denkschrift über die sächsische Volksschule herausgegeben. Sie ist verfaßt worden nach Berichten der Bezirksschulräte und der höheren Schulen im Jahre 1924.

Der Inhalt umfaßt, um unser Urteil gleich vorwegzunehmen, in der Hauptsache den pädagogischen Anschauungen des Jahres 1824. In das Jahr 1924 paßt nur die politische Tendenz der Schrift als Zeugnis der schulpolitischen Anschauung der Deutschen Volkspartei unsrer Zeit. Nicht eine Denkschrift ist es, die bahnbrechende Linien in die Zukunft reißt, sondern eine Andenken-, eine Gedenkschrift ist es, hervorgeholt aus dem Trödelladen der Kulturreaktion. Nicht einmal mit der erforderlichen Sorgfalt scheint gearbeitet worden zu sein. Die Bezirksschulräte, die im Inflationsjahre 1923 „ihre Aufsicht nur in sehr geringem Maße ausüben konnten", haben zum Teil Berichte erstattet rein „aus der Erinnerung" und so „im allgemeinen". Jeder ernste Pädagog und Schulpolitiker muß mit Sorge erfüllt werden, wenn er die Volksschule heute Männern ausgeliefert sieht, die durch diese Denkschrift beweisen, daß ihnen der Sinn für wirkliche Menschenbildung und pädagogische Wissenschaft fehlt.

Ueber den pädagogischen, psychologischen und methodischen Wert dieses Andenkens aus Großmütterchens Schulzeit werden sicher die berufenen Fachkreise noch urteilen. An dieser Stelle sei nur die politische Tendenz der Schrift aufgedeckt. Es ist keine neue Tendenz. Viel Geld ist ausgegeben worden nur für den Beweis des einen Satzes: Die Schulaufsicht ist zu erweitern durch die erforderliche Zahl „zweiter Beamter". In unsrer Zeitung ist auf den neuen Kreisschuldirektor schon öfter warnend hingewiesen worden. Wie begründet Dr. Kaiser die Forderung nach vermehrter Aufsicht? Seine Gründe lassen sich zusammenfassen: Es gibt Schüler mit guten und Schüler mit schlechten Leistungen; die Schulzucht ist gelockert; diese Zustände könnten nur mit Hilfe erweiterter Aufsicht gebessert werden. Als Maßstab für die Beurteilung der Leistungen wird auf Seite 14 angegeben: „Darüber besteht bei fast allen höheren Schulen so gut wie kein Zweifel, daß die Feststellung dessen, was die Kinder an wirklichen Kenntnissen besitzen, an erster Stelle maßgebend ist, damit die höhere Schule weiß, auf welcher Grundlage sie ihre Arbeit aufbauen kann." Lesen, Schreiben, Rechnen, Rechtschreiben, Grammatik werden wie Anno tobak als ausschlaggebend für die Bildungsarbeit in der Volksschule hingestellt. Es wird weiter geklagt über den Wegfall der Michaelisziensuren. Man bedauert, daß die Schüler in der Volksschule nicht mehr in einer bestimmten Rangordnung gesetzt werden; die kirchlichen Kreise vermissen „die nicht genügende Sicherstellung des Religionsunterrichts" und eine „Einrichtung, die Begabten in Sonderklassen zu fördern". Die moderne Psychologie mit ihren Urteilen über die Verfrühung der abstrakten Formelfächer (Rechtschreiben, Rechnen, Grammatik, Katechismus); die moderne Pädagogik mit ihrer sozialpsychologischen Beurteilung der Zensuren, der Platznummern und der Sonderklassen scheinen aus dem Gebäude am Königsufer, in dem jetzt Juristen und Philologen herrschen, vertrieben worden oder selbst abgerückt zu sein.

Die alte Pädagogik mit ihren Forderungen der stofflichen Kenntnisse, der Zensuren und andern derartigen Aeußerlichkeiten ist geschichtlich ein erprobtes Mittel, die Kinder so zu erziehen, daß sie sich später leicht und gern beherrschen lassen. Kenntnisse können vorgeschrieben werden. Welche Kenntnisse von der Deutschen Volkspartei vorgeschrieben werden, ist aus den schulpolitischen Maßnahmen dieser Partei in Preußen, Thüringen und Sachsen hinlänglich bekannt. Menschen, die sich in der Schule um Zensuren und Plätze stritten, die durch Sonderklassen zum Bildungsdünkel erzogen wurden, sind wegen ihrer Unfähigkeit zu solidarischem Handeln leichter von oben her zu beherrschen als die nach modernen pädagogischen Grundsätzen aufgewachsenen Menschenkinder.

Und damit die Anlagen zum Untertanen und zur ehrfurchtsvollen Ergebung in den Willen der Obrigkeit bereits in der Kindheit gepflegt werden, soll die Zahl der „Vorgesetzten" auf dem Gebiet des Schulwesens außerordentlich vermehrt werden.

Hier handelt es sich um die Knebelung der alten demokratischen Forderung der Selbstverwaltung, die 1848 in der Paulskirche und in den „Chemnitzer Pädagogischen Blättern" von 1868—1873 lebhaft erörtert worden ist. Wir kennen die „erweiterte Schulaufsicht"; wir kennen die Schäden der Doppelaufsicht eines Bezirks- und eines besonderen Lokalinspektors: das Streberthum wucherte selbst im engsten Zirkel der Lehrerkollegien; die Unterrichts- und Erziehungsarbeit wurde durch Ueberaufsicht veräußerlicht und schablonisiert. Es wurden Schablonen geschnitten selbst für die Korrekturen der schriftlichen Arbeiten, für das Dasitzen der Kinder, für das Händeheben und dergleichen. Auswüchse dieser Art werden in Erinnerung gebracht durch den Namen Käfer. Wie in einer Fabrik, wie in einer Kaserne wurde alles von oben herab bestimmt und häufig nur für äußeren Schein be-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19241212/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG